

**No. 3  
September 2011**

**Gleichheit vs. Vielfalt  
Ein konstruierter Widerspruch im Neoliberalismus?**

**Stephan Pühringer**

**Institute for Comprehensive  
Analysis of Economy**

**Institut für  
die Gesamtanalyse der  
Wirtschaft**

**Johannes Kepler  
Universität Linz**

Altenbergerstraße 69  
4040 Linz  
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at  
www.icae.at

# Gleichheit vs. Vielfalt

## Ein konstruierter Widerspruch im Neoliberalismus?

Von Stephan Pühringer

### Einleitung

Im großen Kanon der Trias „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ ist die Rolle von Gleichheit seit jeher eine ambivalente. Die starke normative Konnotation, die für Freiheit, als Loslösung aus tradierten, hierarchischen Herrschaftsverhältnissen und Solidarität, als Forderung einer egalitären, auf Gerechtigkeit basierenden Gesellschaftsordnung gilt, scheint für Gleichheit erst einmal nicht so klar gegeben. Vielmehr wirkt Gleichheit zunächst als Kontrastfolie für widerstrebende ideologische Denkrichtungen. In verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen finden zwar Diskurse über Gleichheit statt, die auch auf einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs ausstrahlen. So ist etwa Gleichheit vor dem Gesetz eine maßgebliche Errungenschaft und in Fragen der Gleichberechtigung oder Gleichbehandlung spiegelt sich die positive Bewertung von politischer Gleichheit im Recht als Erbe der aufklärerischen Tradition der westlichen Industrienationen wider. Vor allem aus einer ökonomischen Mainstream-Perspektive hingegen - vor allem was soziale Gleichheit, die auch Fragen der sozialen Teilhabe oder Verteilungsfragen betrifft - auch teils massive Kritik an Gleichheitskonzepten geübt.

Im ersten Kapitel soll daher nach einer Bestimmung verschiedener Zugänge und Definitionen von Gleichheit analysiert werden, wie sich die Vorstellung und das Denken über Gleichheit seit der französischen Revolution, in der die Forderung nach Gleichheit erstmals auf breiter Ebene diskutiert wurde, gewandelt haben. Zugleich zeigt sich dabei auch, dass sich die „subversive“ Proklamation, die gegen die Bastille hallte, gegen eine gänzlich andere Form der Ungleichheit wandte, als die, mit der wir es heute zu tun haben.

Im zweiten Kapitel soll aufbauend auf Vorstellungen des klassischen, politischen Liberalismus das Gleichheitsverständnis zentraler neoliberaler DenkerInnen – dabei insbesondere von Friedrich August von Hayek präsentiert werden. Das umfangreiche Werk des österreichischen Nationalökonomen und Sozialphilosophen Hayek umfasst mehrere Bücher und Texte mit großer politischer Wirkmächtigkeit und bildet auch die Grundlage der sozialphilosophischen Ausrichtung der „neoliberalen Sozialtheorie“ (vgl. Pühringer 2011). Hayeks Einfluss wurde vor allem in der „Neoliberalen Wende“ –

der Regierungszeit Ronald Reagans und Margret Thatchers – auch direkt sichtbar. Neben der politischen Wirkmächtigkeit hat Hayek aber vor allem großen Einfluss auf die sozialphilosophische Fundierung der Ideologie des Neoliberalismus. Er ist gleichsam der Vordenker des neoliberalen Projekts<sup>1</sup>.

Die Betonung der Vielfalt menschlicher Lebensentwürfe, die schon bei John Stuart Mill eine zentrale Bedeutung einnimmt, wird im Gesellschaftsverständnis Hayeks auf die isolierte Forderung individueller Freiheitsrechte verengt. Während Pluralität und Vielfalt bei Mill dabei aber letztlich eine normative Forderung neben anderen ist – Gleichheit und soziale Gerechtigkeitsüberlegungen spielen bei Mill ebenfalls eine wichtige Rolle – stellt Ungleichheit für Hayek durchaus ein erstrebenswertes Ziel dar, respektive ist sie als das nichtintendierte Resultat unabhängiger menschlicher Handlungen nicht beeinflussbar. Politische Interventionen, die zum Ziel haben, die Gleichheit in einer Gesellschaft zu stärken, stellen in Hayeks Verständnis einen Eingriff in die natürlich gewachsene spontane Ordnung des Marktes dar und führen damit auf den „Weg zur Knechtschaft“, wie Hayek eines seiner Hauptwerke betitelt.

Das dritte Kapitel geht der Frage nach, wie sich Ungleichheit in modernen, westlichen Staaten manifestiert und welche Begründungsmuster die neoliberale Argumentation gegen Gleichheit so wirksam machen. Zentral ist in diesem Zusammenhang der Mythos einer sozialen Selektion nach Leistungsmotiven, die sich allerdings als euphemistische Beschreibung veränderter sozialer Teilhabe für ökonomisch oder in Anlehnung an Bourdieu (1992) „soziale“ oder „kulturell“ nicht Mächtige herausstellt. Die politischen Forderungen nach Gleichverteilung vorhandener Ressourcen und Zugangsmöglichkeit werden damit unterminiert und somit auch im politischen Diskurs als Neid am „wohlverdienten“ Wohlstand der Leistungsträger diffamiert.

Warum es dennoch für linke politische Gruppierungen von enormer Bedeutung ist, für Gleichheit einzutreten, soll im abschließenden Kapitel aufgezeigt werden. Mit der Analyse der Begründungsmuster neoliberaler Kritik am sozialen Gleichheitspostulat soll zudem aber auch aufgezeigt werden, dass die Forderung nach Vielfalt und Pluralität der Lebensentwürfe nicht zwingend in Kontrast zu sozialer Gleichheit stehen muss. Vielmehr geht es darum die neoliberale Hegemonie vor allem auch im Diskurs über zentrale normative Grundwerte zu brechen.

---

<sup>1</sup> Auch der Wirtschaftswissenschaftler Ralf Ptak (2007:15) bezieht sich in seinem zusammen mit Bettina Lösch und Christoph Butterwege herausgegebenen Buch *Kritik des Neoliberalismus* maßgeblich auf das Denken Hayeks, da er „über ein halbes Jahrhundert lang eine Schlüsselfigur des Neoliberalismus war, und zu anderen, weil er wie kein anderer Wissenschaftler die intellektuelle Gesamtheit des neoliberalen Projekts verkörpert“

## Welche Gleichheit?

Eine Annäherung an den Begriff „Gleichheit“ ist aus vielen Gründen ein schwieriges Unterfangen. Aus einer historischen Perspektive betrachtet, ist die Forderung nach Gleichheit eine sehr junge. So schreibt etwa der Politikwissenschaftler Robert Dahl (2006:9): *„Über weite Strecken der Geschichtsschreibung wäre die Vorstellung, erwachsene Menschen hätten einen Anspruch, politisch gleich behandelt zu werden, von vielen als blanker Unsinn und von Herrschern als gefährliche und subversive Forderung betrachtet worden, die unterdrückt werden muss.“*

Wie der amerikanische Unabhängigkeitskrieg oder die Französische Revolution zeigen, konnte Gleichheit als demokratisches Grundrecht erst durch mühevollen Umstürze und blutige Revolutionen durchgesetzt werden. Im heutigen staatsphilosophischen Diskurs ist zumindest in demokratischen Staaten politische Gleichheit in den Verfassungen festgeschrieben. Die Forderung nach Beteiligung an Wahlen – also nach aktivem und passivem Wahlrecht - scheint heutzutage kaum mehr zur Debatte zu stehen<sup>2</sup>. Es kann also konstatiert werden, dass rechtliche Gleichheit, demokratische Beteiligung und bürgerliche Freiheit als Forderungen im Rahmen der sozialen Gleichheit durchaus konsensfähig sind. (vgl. Koller 2004:51)

Durch die Durchsetzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEM) 1948 (UN 1948, Artikel 1) auf die sich viele nationale Verfassungen berufen, gelten alle Menschen als *„frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“* Zwischen der Französischen Revolution, die die Forderung nach Gleichheit als Kampffparole gegen eine ungleiche und absolutistisch-hierarchische Gesellschaftsstruktur erhob und der AEM liegen ca. 150 Jahre. Mit dem Hintergrund der Gräueltaten der faschistischen Regimes in Europa wurde vor allem auch aus humanistischer Perspektive die Gleichheit der Menschen an sich betont. Das bedeutet, dass letztlich alle Menschen – trotz ihrer Unterschiedlichkeiten – das Recht auf gleiche Behandlung haben. Die Forderung nach politischer Gleichheit wird in diesem Zusammenhang um soziale und gesellschaftliche Ansprüche erweitert. Peter Koller (2004:49) definiert soziale Gleichheit folgendermaßen: *„Die Idee der sozialen Gleichheit bekräftigt die fundamentale Annahme der grundsätzlichen moralischen Gleichwertigkeit, der gleichen Würde aller Menschen, eine Annahme die das Gebot impliziert, Andere als Gleiche zu achten und zu behandeln.“*

---

<sup>2</sup> Bei genauerem Hinsehen offenbart sich allerdings, dass es auch nach österreichischem Recht immer noch einige Gruppen gibt – etwa MigrantInnen oder Menschen mit längeren Freiheitsstrafen (vgl. Art 26 Abs. 6 B-VG § 22) –, die vom Wahlrecht zumindest teilweise oder temporär ausgeschlossen werden.

Dieser soziale Gleichheitsanspruch aller Menschen ist letztlich moral-philosophisch begründet und hat Wurzeln zum einen in der christlichen Ethik, wonach alle Menschen „Kinder Gottes“ seien. Neben dieser theologischen Fundierung spielt soziale Gleichheit auch in der sozialistischen Argumentation eine wichtige Rolle, da nach marxistischer Deutung das Klassenbewusstsein ebenfalls als Ausdruck der Gleichheit der ArbeiterInnen durch ihre Zugehörigkeit zur Gruppe der Lohnabhängigen interpretiert werden kann und die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit maßgeblich durch die Arbeiterbewegung geprägt wurde.

Die Revolution, die im Sturm auf die Bastille gipfelte, stellte aber nicht nur eine Forderung nach politischer Mitbestimmung dar. Vielmehr ist politische Partizipation eher als Nebenprodukt eines Aufbegehrens der BürgerInnen gegen eine absolutistisch-hierarchische ungleiche Gesellschaftsordnung zu interpretieren. Die Losungen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit haben daher im historischen Kontext des ausgehenden 18. Jahrhunderts tatsächlich einen äußerst subversiven und gefährlichen Charakter für die damals bestehende Gesellschaftsordnung. Es ist daher auch zentral für eine Begriffsklärung im Umgang mit Gleichheiten, dass sich die Ungleichheit, gegen die sich die RevolutionärInnen des 18. Jahrhunderts wandten, fundamental von der Ungleichheit unterscheidet, die in kapitalistisch organisierten Gesellschaften vorherrscht und durch den neoliberalen Mythos einer „Leistungsgesellschaft“ fortlaufend (re-)produziert wird.

Es soll daher festgehalten werden, dass soziale Gleichheit über die Forderung nach politischer Beteiligung oder rechtlicher Gleichstellung hinausgeht. In Anlehnung an Koller (2004:53) soll soziale Gleichheit in dieser Arbeit als die Summe folgender fünf Teilforderungen verstanden werden:

- Rechtliche Gleichheit
- Bürgerliche Freiheit
- Demokratische Teilnahme
- Soziale Chancengleichheit
- Wirtschaftliche Gerechtigkeit

Soziale Gleichheit inkludiert also neben politischer Teilhabe und demokratischen Grundrechten noch normative gesellschaftspolitische Forderungen, wodurch Fragen der Distribution und Relation von sozialen und ökonomischen Ressourcen und Macht virulent werden. Ein so verstandenes Gleichheitsverständnis hat in einem neoliberalen Gesellschaftsbild wieder den subversiven Charakter, den die Forderung nach politischer Beteiligung für die herrschenden Eliten in der absolutistisch-feudalistisch geprägten Gesellschaft des ancien regime hatte. Eine solche Definition sozialer

Gleichheit macht gleichzeitig auch soziale Ungleichheit immer begründungsbedürftig, wodurch sie der neoliberalen Polemik einer marktförmig organisierten Gesellschaft diametral gegenübersteht. Soziale Ungleichheit wird also im Gegenzug von Reinhard Kreckel (2004:17) dort verortet, *„wo die Möglichkeiten des Zugangs zu allgemein verfügbaren und erstrebenswerten sozialen Gütern und/oder zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind, dauerhafte Einschränkungen erfahren und dadurch die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften beeinträchtigt bzw. begünstigt werden“*.

Soziale Gleichheit wird somit zu einer normativen politischen Forderung, die als Basis für eine Kritik bestehender Macht- und Verteilungsverhältnis in neoliberal dominierten Gesellschaften dienen kann. Um den heftigen Diskurs über Gleichheit, bzw. die *„geradezu rabiate Kritik“* (Koller 2004:50) an Gleichheit vor allem in der Ökonomie verstehen zu können, soll daher zunächst der subversive Charakter der sozialen Gleichheit, der in den letzten beiden Forderungen wurzelt, freigelegt werden. Auch wenn es durchaus berechtigte Gründe gibt, auf eine Erosion der Demokratie und somit der politischen Gleichheit in einem neoliberalen Politikverständnis aufmerksam zu machen (vgl. dazu etwa Robert Dahl (2006) oder pointiert auch Colin Crouch (2008)), wird dies hier nicht weiter behandelt. Für die Analyse des Spannungsverhältnisses zwischen Pluralität und Gleichheit ist das Postulat der sozialen Gleichheit, das Fragen der Verteilung von Chancen und Ressourcen inkludiert, von fundamentalerer Bedeutung.

Soziale Gleichheit bildet somit den Referenzwert für die Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, die vom aufgeklärten Bürgertum und der Arbeiterbewegung entwickelt wurde und die Grundlage für die Etablierung des westlichen Wohlfahrtsstaates bildet. Soziale Gleichheit fordert in diesem Verständnis aber nicht nur soziale „Chancengleichheit“, also den gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Machtpositionen, sondern berücksichtigt auch die Fähigkeit zur sozialen Teilhabe (Capability-Ansatz von Martha Nussbaum und Amartya Sen) und steht somit auch in Verbindung mit gerechter Verteilung von ökonomischer Macht. Eine isolierte Forderung nach Chancengleichheit bedient letztlich ebenfalls den neoliberalen Mythos der Leistungsgesellschaft, die suggeriert, dass allen „fleißigen“ oder „leistungsstarken“ Mitgliedern der Gesellschaft sozialer Aufstieg möglich sei. In diesem Verständnis ist also die soziale Position des Individuums nur von eigenen Leistungen abhängig und somit werden auch Fragen der sozialen Umverteilung negiert.

Hier zeigt sich der fundamentale Widerspruch von sozialer Gleichheit mit der neoliberalen Vorstellung des uneingeschränkten Marktwettbewerbs, der in Folge beleuchtet wird. Soziale Gleichheit birgt also gerade diesen subversiven Kern, gegen den sich ein liberales Gesellschaftsverständnis richtet. In Friedrich August von Hayeks Theorie der spontanen Ordnung etwa ist kein Platz für einen regulierenden Eingriff „zum Wohle aller“. Vielmehr bezeichnet er „sozial“ als

„Wiesel-Wort“, das letztlich als Präfix die Begriffe ihres Inhalts beraube und somit strikt zu vermeiden sei<sup>3</sup>.

Zusammenfassend kann das Postulat der sozialen Gleichheit in mehrere Teilforderungen aufgegliedert werden. Während politische Gleichheit und die Forderung nach demokratischer Beteiligung sowie Gleichbehandlung durch das Recht in Teilen auch von neoliberalen DenkerInnen befürwortet werden<sup>4</sup>, stoßen die Forderungen nach sozialer Teilhabe und gerechter Verteilung von Chancen und Ressourcen auf massive Kritik. Soziale Gleichheit als politisches Konzept, wie es in dieser Arbeit dargelegt wird, beinhaltet aber immer auch diese normativen Forderungen. Zunächst soll nun in Abrissen das angespannte Verhältnis zur sozialen Gleichheit im Liberalismus beleuchtet werden, in dem die radikale Ablehnung von Gleichheitskonzeptionen vor allem im ökonomischen Mainstream-Diskurs fußt.

Im Liberalismus gibt es eine lange Tradition der kritischen Auseinandersetzung mit Gleichheit, da die Forderung danach unweigerlich auf mehreren Ebenen mit der zentralen Proklamation der Freiheit der Individuen in Konflikt kommt. Dabei wird schon im 18. und 19. Jahrhundert vor allem die Gefahr der „Gleichmacherei“ (vgl. Mill 1969) beschworen, die letztlich in eine Gesellschaft münde, die die freie Entfaltung ihrer Mitglieder hemme. John Stuart Mill betont daher gerade in *On Liberty* die Bedeutung des „Genies“, das gerade durch seine Kreativität und Exzentrizität als Garant für die Entwicklung von neuen Ideen dient<sup>5</sup>.

Im ökonomischen Diskurs wird mit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit der Entwicklung der Grenznutzentheorie durch William Stanley Jevons und Carl Menger und die allgemeine

---

<sup>3</sup> Hayek schreibt in seinem Werk *The Fatal Conceit* 1988, dass „social“ als „weasel word“ fungiert, was bedeutet, dass durch die Voranstellung von „social“ vormals „positive“ Wörter, wie Demokratie, Gerechtigkeit oder Marktwirtschaft (in Summe listet Hayek 160 Termini auf) völlig ihre Bedeutung verlieren und inhaltsleer werden: „*Like a weasel is alleged to be able to empty an egg without leaving any visible sign, so can these words deprive of content any term to which they are prefixed while seemingly leaving them untouched.*“ (Hayek 1988:116f.)

<sup>4</sup> Hayeks Vorstellung von einer „Freiheit unter dem Gesetz“ (vgl. etwa Hayek 1979) impliziert die Forderung nach Gleichbehandlung aller Individuen durch das Recht. Wie auch andere neoliberale VordenkerInnen wie Milton Friedman (2002) versteht Hayek unter Freiheit indes aber immer ökonomische Freiheit und gibt ihr klar den Vorrang gegenüber politischer Freiheit: „*Freiheit unter dem Gesetz impliziert wirtschaftliche Freiheit, während Wirtschaftskontrolle als Kontrolle über die Mittel für sämtliche Zwecke auch eine Beschränkung aller Freiheit ermöglicht.*“ (Hayek 1979:22) Zudem wird auch die demokratische Beteiligung aller Individuen von Hayek massiv kritisiert, da er hier wie auch schon klassisch liberale DenkerInnen (vgl. etwa Mill 1969:142), die Gefahr der Diktatur der Mehrheit sieht. (vgl. Hayek 1971:202ff.)

<sup>5</sup> John Stuart Mill proklamiert daher zwar einen individuellen Freiraum für die Entfaltung der Individuen. Dennoch ist für ihn auch die Begrenzung dieses Freiraumes eine zentrale Fragestellung. Diese Begrenzungen des individuellen Freiraums wie sie auch andere frühen liberale DenkerInnen machen, stellen dabei einen Versuch dar, „Freiheit“ in ein Gefüge von anderen Werten, wie Gerechtigkeit oder bestimmte Grade von Gleichheit, einzubetten, um die soziale Kohäsion einer Gruppe oder Gesellschaft zu gewährleisten. (vgl. Berlin 2006:203)

Gleichgewichtstheorie durch Leon Walras die Forderung nach Gleichheit systematisch aus der Analyse ausgeklammert. In dieser, auf die radikale Denkart des Utilitarismus aufbauenden, neoklassischen Wohlfahrtsökonomie wird etwa durch die utilitaristische Wohlfahrtsfunktion (oder Benthamian social welfare function in Anlehnung an den utilitaristischen Vordenker Jeremy Bentham) soziale Wohlfahrt nur mehr als Summe der maximierten individuellen Nutzenfunktionen begriffen. Auf philosophischer Ebene wird in diesen Modellen ein methodischer Individualismus vertreten, der letztlich alle Mitglieder der Gesellschaft als atomistische, isolierte Individuen betrachtet, die nur nach ihrem Eigennutz handeln würden und somit – unbeabsichtigt, wie die Metapher der „unsichtbaren Hand“ bei Adam Smith suggeriert – für eine effiziente Güterallokation sorgen. Somit werden in der neoklassischen Ökonomie alle anderen normativen Zielvorstellungen durch die Maximierung des individuellen Nutzens ersetzt<sup>6</sup>. Wie schon erwähnt spielen bei den klassisch liberalen VordenkerInnen oder ökonomischen KlassikerInnen immer auch noch moralische Grundwerte oder gesellschaftspolitische Vorstellungen eine Rolle. So bezeichnen sich etwa Smith oder David Ricardo auch noch als Moralphilosophen<sup>7</sup> und gerade John Stuart Mill betrachtet den Menschen immer auch in Abhängigkeit zu seiner Rolle in der Gesellschaft: *„Vielmehr wird der Mensch bei aller Betonung seiner Individualität immer auch von der Gemeinschaft her gedacht. Der Mensch ist für Mill (wie auch für Smith, Anm. SP) wesentlich ein Sozialwesen.“* (Hottinger 1998:345)

### **Gleichheit im (Neo-)Liberalismus?**

Die Betonung von Unterschiedlichkeiten von Individuen führt schließlich im neoliberalen Diskurs verstärkt ab den 1970er Jahren dazu, dass alle kollektiven Maßnahmen, an denen alle Mitglieder einer Gesellschaft beteiligt werden, abgewertet werden. Die in diesem Zusammenhang prägende Aussage von Margret Thatcher *„There is no such thing as a society“* zeigt pointiert auf, dass Menschen auch im Unterschied zur Sichtweise früher liberaler DenkerInnen wie Smith oder Mill, nicht mehr als soziale Wesen gedacht werden, sondern isoliert dargestellt werden<sup>8</sup>. Damit verliert auch die Forderung nach sozialer Gleichheit ihr gesellschaftliches Inklusionspotential. In einer Konzeption des

<sup>6</sup> Zugespitzt wird die Ablehnung von Gleichheitsüberlegungen allerdings schon im strengen Utilitarismus in der Prägung von Jeremy Bentham oder James Mills.

<sup>7</sup> Adam Smith zweites, aber seltener rezipiertes Hauptwerk *A Theory of Moral Sentiments* (erschienen 1759) beschäftigt sich mit dem Menschen als moralisches Wesen, dessen Handlungen durch „Sympathy“ und „Empathy“ gesteuert werden. Smith geht von der sensiblen Kommunikation der Menschen aus, die sich gegenseitig beobachten, wenn sie miteinander umgehen.

<sup>8</sup> Thatcher, die eine glühende Verehrerin von Hayek war, bezog sich immer wieder auf Hayek als den *„greatest exponent of free enterprise economics“*. John Ranelagh, selbst Mitarbeiter von Margaret Thatcher berichtet etwa über folgende Begebenheit während eines Treffens der Konservativen Partei in den späten 70er Jahren: *„Another colleague had also prepared a paper arguing that the middle way was the pragmatic path for the Conservative party to take ... Before he had finished speaking to his paper, the new Party Leader (Margaret Thatcher reached into her briefcase and took out a book. It was Friedrich von Hayek's The Constitution of Liberty. Interrupting (the speaker), she held the book up for all of us to see. This', she said sternly, 'is what we believe', and banged Hayek down on the table.“* (Ranelagh 1991:191)



methodischen Individualismus verbunden mit einer ökonomischen Theorie, die die soziale und politische Macht zu den GewinnerInnen des Marktwettbewerbs verschiebt, scheint es nur folgerichtig genau die Unterschiedlichkeit der Individuen herauszustreichen. Ungleiche Verteilungen von Einkommen oder Vermögen werden fortan nicht als Produkt gesellschaftlicher Exklusionsmechanismen gesehen, sondern wie etwa bei Milton Friedman durch verschiedene natürliche Eigenschaften und Präferenzen oder zufälligen Unterschieden in der „Lebenslotterie“ erklärt. (vgl. Friedman 2002:192ff.)

Auch Hayek tritt für ungleiche Verteilungen ein, da Ungleichheit für ihn gleichsam Motor des Fortschrittes ist und nur durch das Konkurrenzverhältnis am Markt gewährleistet werden kann, dass die Güterallokation optimiert und damit verbunden das ökonomische Wachstum gesichert wird<sup>9</sup>. Die scheinbare Überlegenheit des Marktsystems als System höherer Ordnung oder „Katallaxie“ (Hayek) über alle Formen sozialer oder gesellschaftlicher Gestaltung durch den Menschen bildet für Hayek auch den Anlass, das Marktsystem durch (staatliche) Eingriffe zu schützen: *„Wenn ein System freier Unternehmungen segensreich arbeiten soll, genügt es nicht, dass die Gesetze (...) negativen Kriterien genügen. Es ist auch notwendig, ihren positiven Inhalt so zu gestalten, dass der Marktmechanismus befriedigend wirken kann.“* (Hayek 1979:39) In Anbetracht der harschen Polemik, die von neoliberaler Seite oft an staatlichen Interventionen (vgl. etwa von Mises' *Kritik des Interventionismus*) oder konstruktivistischen Ideen überhaupt geübt wird, scheint diese Forderung doch paradox, bzw. offenbart sie die übersteigerte Bedeutung des Marktes in der neoliberalen Denklogik<sup>10</sup>.

Hayek beruft sich zwar nicht auf die allgemeine Gleichgewichtstheorie und die Aggregation von individuellen Nutzenfunktionen<sup>11</sup>, allerdings dient eben auch für seine Theorie der spontanen Ordnung der Marktwettbewerb als Referenzsystem. Der Wettbewerb auf den Märkten sorgt dafür, dass sich die besten Ideen und Produkte durchsetzen würden. Da „Systeme höherer Ordnung“, wie das Marktsystem nicht von Menschen erdacht werden können, können die Verteilungen von Ressourcen und ökonomischen Mitteln, die sich durch den Wettbewerb am Markt ergeben von einzelnen Individuen nicht hinterfragt werden, wie Hayek (1952:184ff.) in *The Sensory Order* betont. Als negative Kontrastfolie für das Marktsystem werden dabei von neoliberalen DenkerInnen immer wieder der Konstruktivismus, Sozialismus, Kommunismus oder auch der Wohlfahrtsstaat an sich

<sup>9</sup> Bei aller Unterschiedlichkeit die die ökonomischen Ansätze der ÖkonomInnen der Mont Pelerin Society aufweisen, vereint sie dennoch ein starkes normatives Bekenntnis zur Überlegenheit der Marktordnung. Hayek (1996:52) spricht sogar explizit von einer „*Moral des Marktes*“.

<sup>10</sup> Stephan Schulmeister (vgl. Format vom 28.6.2011) spricht etwa von einer „marktreligiösen Weltanschauung“, Walter Ötsch (2009) vom „Mythos Markt“.

<sup>11</sup> Im Unterschied zu den ökonomischen KlassikerInnen und auch den frühen NeoklassikerInnen sieht es Hayek als Aufgabe des Staates an, freiheitliche Prinzipien oder den Markt an sich zu schützen. In *Der Weg zu Knechtschaft* drückt er diese Abgrenzung folgendermaßen aus: *„Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-faire.“* (Hayek 2009:37)

gesehen. Hayek (2009:22) verwendet diese Begriffe etwa ziemlich synonym. Diesen konstruktivistischen und kollektivistischen Bestrebungen soll die Vision eines „liberalen Utopias“ entgegengestellt werden, dessen Fehlen Hayek in seinen frühen Schriften (vgl. Hayek 1949) noch bedauert.

Hayek entwickelt daher seine neoliberale Sozialtheorie rund um die eng definierte und rein negativ verstandene individuelle Freiheit, um solch ein visionäres Projekt eines liberalen Utopias anbieten zu können. Schon 1960 in *Die Verfassung der Freiheit* und 1979 im dritten Band von *Law, Legislation and Liberty* formuliert er daher die Idee einer „Politischen Ordnung einer Gesellschaft freier Menschen“. Hayek liefert dabei aber nicht nur abstrakte Vorstellungen zu einem liberalen Utopia, sondern formuliert auch die Grundzüge einer „Gesellschaft freier Menschen“. Freiheit dient dabei immer als Referenzwert, der Gleichheit in mehreren Dimensionen abgegrenzt wird. In *Die Verfassung der Freiheit* drückt er dies folgendermaßen aus: *„Freiheit hat nicht nur mit allen anderen Arten von Gleichheit nichts zu tun, sondern sie bringt sogar unvermeidlich in vieler Hinsicht Ungleichheit hervor.“* (Hayek 1979:105) Hayek recurriert dabei auf den zentralen liberalen Wert des Pluralismus. Da Individuen von Natur aus verschieden sind, dürften sie auch nicht gleich behandelt werden. Die Ungleichheit ist für Hayek gerade deshalb von Bedeutung, weil durch die Konkurrenz von ungleichen Individuen beim Marktwettbewerb Fortschritt gesichert wird: *„Der schnelle wirtschaftliche Fortschritt, an den wir uns gewöhnt haben, scheint in hohem Maß das Ergebnis dieser Ungleichheit (an Besitz und Reichtum, Anm. SP) und ohne sie unmöglich zu sein“* (Hayek 1971:54)

Die neoliberale Kritik an sozialer Gleichheit findet somit auf drei Ebenen statt. Erstens stellt die Forderung nach sozialer Gleichheit eine normative und vor allem kollektive Kategorie dar, was mit dem methodischen Individualismus nicht vereinbar ist. Zweitens steht Gleichheit in unmittelbarem Gegensatz zu Wettbewerb und Konkurrenz, die die Grundprinzipien der Marktgesellschaft darstellen. Drittens zielen die letzten beiden Forderungen der sozialen Gleichheit – also soziale Chancengleichheit und ökonomische Gerechtigkeit – auf eine Korrektur der Ergebnisse des Marktwettbewerbs ab, womit sie in neoliberaler Diktion Fortschritt hemmen. (vgl. Ptak 2007:72f.)

Hayeks „Gesellschaft freier Menschen“ ist daher also bewusst eine sehr ungleiche Gesellschaft. Ungleichheit ist dabei für Hayek gleichsam der Motor des Fortschritts. Dies gilt für ihn auf internationaler, wie auch auf nationaler Ebene. So konstatiert er, dass Fortschritt immer nur dadurch möglich sei, dass in manchen Ländern oder unter manchen Klassen (den „Reichen“, wie er es in *Die Verfassung der Freiheit* explizit ausdrückt) „Freiheit“ herrsche. Diese individuelle Freiheit der Privilegierten gelte es daher auch fördern und wenn diese Elite im Besitz der individuellen Freiheit

sei, würden auch die Unfreien in diesen Gesellschaften davon profitieren.<sup>12</sup> Hayek geht sogar so weit, zu behaupten, dass *„die Freiheit, von der von einer Million Menschen nur einer Gebrauch machen wird, (...) für die Gesellschaft wichtiger und für die Mehrheit nutzenbringender sein (kann) als eine Freiheit, die wir alle nützen.“* (1971:42) Hayeks Argumentation und damit auch seine „Gesellschaft freier Menschen“ ist daher zutiefst elitär formuliert. Er gibt der „Vollen Freiheit“ weniger eindeutig den Vorzug gegenüber einer Freiheit, die von einer großen Mehrheit genützt wird. Hayek entwickelt dabei also einen Freiheitsmythos (vgl. Pühringer 2011), der individuelle Freiheit zum einzigen normativen Wert für Gesellschaftsordnungen macht.

### **Wie rechtfertigt der Neoliberalismus (soziale) Ungleichheit?**

Das grundlegende Argumentationsmuster fußt dabei auf der trivialen Feststellung, dass Menschen in ihren Bedürfnissen, Wünschen und „Grundausstattungen“ unterschiedlich sind. Um den zentralen (neo)liberalen Wert der individuellen Freiheit nachhaltig sichern zu können – so argumentiert Hayek in *Die Verfassung der Freiheit*<sup>13</sup> – müssten Individuen auch ungleich behandelt werden. Durch diese verkürzte und euphemistische Darstellung von Ungleichheit und zum Teil auch den sozialdarwinistischen Verweis auf die scheinbare Analogie des Konkurrenzkampfes am Markt zu einem natürlichen Selektionsprozess<sup>14</sup> ist das neoliberale Projekt in seinen Grundmustern gerade aufgrund seiner Einfachheit auch für breite Massen anschlussfähig. Das Gleichheitsverständnis, das solch einem neoliberalen Argumentationsmuster zugrunde liegt, ist dabei ebenfalls biologistisch fundiert. Durch die Ablehnung eines politischen Machtdiskurses über Verteilung von Chancen und (ökonomischen) Ressourcen – Hayek verweist solche Überlegungen in ein abzulehnendes positives Freiheitsverständnis – wird soziale Ungleichheit immer nur als Resultat unterschiedlichen Erfolgs im Marktwettbewerb gedacht. Es steht dabei nicht zur Diskussion, wie die Ergebnisse am Markt zustande kommen, da letztlich eine Reflexion über Systeme höherer Ordnung nicht möglich und erwünscht ist. Die Ordnung der Katallaxie stellt eben bei Hayek eine spontane Ordnung dar, die sich zwar erst durch individuelles Handeln konstituiert, in ihrer Komplexität aber letztlich weder von Menschen geschaffen, noch verstanden werden könne. (vgl. Gray 1995:37ff.) Hier zeigt sich auch wieder die starke Aversion gegen konstruktivistische Eingriffe und somit zugleich politische

---

<sup>12</sup> In prophetischem Ton mahnt Hayek (1971:61): „Es mag nicht lange dauern, bis die britischen Arbeiter erkennen werden, dass es ein Vorteil für sie war, Mitglieder einer Gemeinschaft zu sein, in der es viele Menschen gab, die reicher waren als sie und dass der Vorsprung, den sie gegenüber Arbeitern anderer Länder hatten, zum Teil die Wirkung eines ähnlichen Vorsprungs ihrer eigenen Reichen gegenüber den Reichen anderer Länder war.“ Durch die von ihm konstatierte Entwicklung Großbritanniens zu einer egalitäreren Gesellschaft in den 1970er Jahren werde damit auch die führende Stellung Großbritanniens aufgegeben.

<sup>13</sup> Einzig die Gleichheit vor dem Recht ist für Hayek ein verfolgenswertes Ziel. Alle anderen normativen Überlegungen die mit Gleichheitsforderungen zusammenhängen werden abgelehnt.

<sup>14</sup> So etwa bei Hayek (1969) in Wettbewerb als Entdeckungsverfahren.

Gestaltung überhaupt. Hayek warnt in diesem Zusammenhang in Die Verfassung der Freiheit, dass *„wir nicht weit davon entfernt (sind), dass die bewusst organisierten Kräfte der Gesellschaft (Er meint hier vor allem die Gewerkschaften und „linken“ Parteien, Anm. S.P.) jene spontanen Kräfte zerstören könnten, die den Fortschritt möglich machen.“* (Hayek 1971:48)

Der Marktprozess wird vielmehr als evolutionärer Prozess gedacht, der alleine ökonomischen Fortschritt – die zentrale Zielfunktion in der neoliberalen Denklogik – möglich macht (vgl. Hayek 1971:54). Ungleichheit wird also lediglich als ein Mittel zum Zweck der ökonomischen Prosperität gesehen. Daher muss die Marktordnung in diesem Verständnis auch außerhalb jeder Kritik stehen.

Somit wird aber auch die Frage nach sozialer Gleichheit im neoliberalen Denken systematisch in den Hintergrund gedrängt, da die Verantwortung für das eigene Glück direkt zu den Individuen verlagert wird. In der „Gesellschaft freier Menschen“ wäre schließlich die individuelle Freiheit so gesichert, dass nur noch die individuelle Leistung bestimmend für den gesellschaftlichen Status wäre. Anders als in feudalistischen Gesellschaften, in denen soziale Selektion primär über die Standeszugehörigkeit definiert wurde und einzelne Gesellschaftsmitglieder gleichsam in ihre Rolle geboren wurden, lockt also die neoliberale Argumentation mit scheinbarer „sozialer Mobilität“, da soziale Selektion ausschließlich über Leistung und besondere Tüchtigkeit am Markt geschehe. Durch die Unhinterfragbarkeit der Ergebnisse des Wettbewerbs am freien Markt wird der Diskurs über Verteilungsfragen unterbunden. Durch die Überhöhung der Bedeutung der individuellen Freiheit im Denken Hayeks, die ebenfalls durch die Individualisierung sozialen Handelns begünstigt wurde, wird Gesellschaft im Neoliberalismus zudem nur mehr als lose Ansammlung von Individuen betrachtet. Dadurch wird selbst die Forderung nach sozialer Chancengleichheit letztlich abgewertet. Zwar gibt Hayek zu, dass es für das Bestehen der Marktordnung nötig ist, dass man diesen Glauben aufrechterhält, dass persönliche Leistung und Anstrengung durch den Markt positiv entlohnt werden und man daher *„in jungen Menschen den Glauben bestärken sollte, dass sie Erfolg haben, wenn sie es wirklich versuchen.“*<sup>15</sup> (Hayek 1981:107) Dennoch hält er Chancengleichheit für eine Utopie, die wiederum die Gefahr einer sozialistischen Agitation beinhalte: *„Zu verlangen, dass alle (...) von demselben Stand beginnen sollen, ist mit einer sich entwickelnden Zivilisation ebenso wenig vereinbar, wie zu verlangen, dass diese Gleichheit allen Menschen zugesichert werden sollte, die zu verschiedenen Zeiten oder an verschiedenen Orten leben.“* (Hayek 1971:472)

Hayek nimmt damit wieder Bezug auf eine scheinbar natürliche Ungleichheit der Individuen, die als einziger Motor des (ökonomischen) Fortschritts nicht weiter zur Disposition steht. Soziale Ungleichheit (re)-produziert sich in Anlehnung an Bourdieu (1992) allerdings nicht durch

---

<sup>15</sup> Hayek setzt daher die Marktordnung bewusst als Propagandaelement für eine „Gesellschaft freier Menschen“ ein, wie es auch Ötsch (2009:61ff.) ausführt.

unterschiedliche natürliche Eigenschaften, sondern vielmehr durch Ungleichverteilung von sozialem und kulturellem Kapital, das bei Bedarf wieder in ökonomisches Kapital umgewandelt werden kann. „Volle Freiheit“ ist bei Hayek aber nur der scheinbar leistungsfähigsten Minderheit vorbehalten. Individuelle Freiheit wird daher in Hayeks neoliberaler Sozialtheorie durch das Nicht-Beachten von Verwirklichungschancen dieses Rechts, wie es auch Nussbaum/Sen (1992) kritisieren, zu einem Euphemismus. Hayek verschleiert mit seinem Freiheitsmythos die Diskrepanz zwischen Ausübungsrechten und Ausübungsmöglichkeiten von Freiheitsrechten für die Individuen. Die scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten in Hayeks liberalem Utopia entpuppen sich damit als die Möglichkeiten einiger weniger, die über das ökonomische und soziale Kapital verfügen, diese in Anspruch nehmen zu können. So drückt auch der deutsche Philosoph Michael Brie (2000) sein Unbehagen mit der neoliberalen Forderung nach individueller Freiheit aus: *„Misstrauen kommt nur deshalb auf, weil die heutigen Freiheiten in so wundersamer Weise mit den Privilegien weniger zusammenfallen.“*

### **Was nun fordern?**

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass es in Hayeks „neoliberaler Sozialtheorie“ keinen Raum für aktive politische Gestaltung der Gesellschaft geben kann. Menschen werden in seinem methodischen Individualismus als voneinander unabhängige Individuen gedacht. Die Forderung nach sozialer Gleichheit ist daher im neoliberalen Diskurs – nicht nur bei Hayek – systematisch abgewertet worden, da der Sozialstaat an sich als „bürokratisch verkrustet, ineffizient und freiheitsgefährdend“ bezeichnet wird. (vgl. Buttwerwege 2007:136) Wie schon mehrmals aufgezeigt, wird damit die Politik dem Primat der Ökonomie untergeordnet. In Folge der neoliberalen Wende in Europa – zunächst durch Thatcher in Großbritannien, später dann auch in Deutschland und Österreich unter Kohl, Schröder, Schüssel und Klima<sup>16</sup> - wurde ökonomische Leistung zum obersten und auch einzigen Bewertungskriterium für alle gesellschaftlichen Teilbereich ernannt. Dies zeigt sich besonders eindringlich in der Ökonomisierung des Bildungssystems, die etwa zum Ziel hat(te) Universitäten zu Unternehmen zu machen. (vgl. Pühringer/Schmidt 2009)

Darauf fußt dann auch die große Erzählung des Neoliberalismus, wonach in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Erfolge und soziale Mobilität allgemein nur auf Basis der individuellen Leistung möglich sind. Da in einem neoliberalen Gesellschaftsverständnis letztlich nur der ökonomische Erfolg als Leistungsindikator herangezogen wird, findet aber zugleich vor allem eine Abwertung derer statt, die im Marktwettbewerb nicht erfolgreich sind. Ob dieser mangelnde Erfolg

---

<sup>16</sup> Wie weit der neoliberale Mainstream auch in linke politische Parteien eingedrungen ist, zeigt sich in dem Umstand, dass viele der härtesten neoliberalen Reformen durch sozialdemokratisch dominierte Regierungen durchgeführt wurden (Blair, Schröder, Klima,...).

nun durch geringe Ausstattung an ökonomischen Kapital<sup>17</sup>, Mangel an kulturellem oder sozialem Kapital im Sinne Bourdieus, tatsächlich „niedrigerem Leistungsaufkommen“ – auch wenn dies kaum festgestellt werden kann oder Glück in der Lotterie des Marktwettbewerbs ist, wie es Hayek und Friedman ausdrücken, ist für den Mythos der großen Erzählung des Neoliberalismus nicht von Bedeutung.

Dadurch wird die Kritik an bestehenden ökonomischen Verhältnissen und die Forderung nach sozialer Gleichheit immer in die Defensive gedrängt, wie sich etwa in der deutschen Debatte um Hartz 4 oder auch im in Österreich regelmäßig geführten Diskurs über „Sozialschmarotzer“ oder die „Soziale Hängematte“ zeigt. In der neoliberalen Denkklogik ist somit etwa der Armutsdiskurs oder der Ungleichheitsdiskurs zu einer (unberechtigten) Forderung der VerliererInnen, die letztlich den LeistungsträgerInnen zur Last fallen. So meint etwa die österreichische Finanzministerin Maria Fekter im Kurier vom 8.9.2011 *„Wir schröpfen die Leistungsträger zu sehr“*. Der deutsche Philosoph Peter Sloterdijk sieht sich gar ausersehen, gegen die *„Verteufelung der Leistungsträger“* einzutreten (vgl. SZ vom 6.1.2010). Es wird damit ein soziales Spannungsverhältnis zwischen Armen und Reichen<sup>18</sup> aufgebaut und damit soziale Ungleichheit bewusst forciert. Als Referenzwert für die Immunisierung gegen Kritik an ungleicher Verteilung wird dabei auf den zentralen Wert des Pluralismus verwiesen, der nur durch die Forderung nach individueller Freiheit gesichert werden könne. Wie gezeigt wurde, ist das neoliberale Freiheitsverständnis Hayeks allerdings elitär gedacht, womit der Freiheitsmythos des Neoliberalismus letztlich keine pluralistische, sondern einer hierarchisch organisierten Gesellschaft Vorschub leistet. Durch die Betonung des Pluralismus als Referenzwert im neoliberalen Diskurs wird die Sensibilität für soziale Ungleichheiten schrittweise abgebaut.

Die neoliberale Sozialtheorie und damit auch die Polemik gegen soziale Gleichheit bauen also auf zwei Mythen auf. Einerseits dem Freiheitsmythos, der individuelle Freiheit als Kampfbegriff gegen Forderungen nach sozialer Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit oder sozialpolitischer Umverteilung verwendet. Andererseits dem Leistungsmythos, wonach soziale Selektion in einer marktförmig organisierten Gesellschaft nur über die persönliche Leistung funktioniert und somit auch kein Raum für aktives politisches Gestalten existiert.

In einem emanzipatorischen oder subversiven Gleichheitsverständnis muss Ungleichheit daher immer begründungsbedürftig sein. Dazu muss ein offener Diskursraum geschaffen werden, in dem nicht nur Gleichheit gefordert, sondern Ungleichheiten aufgezeigt werden müssen. Zentral hierfür ist das

---

<sup>17</sup> Viele Studien über Vermögensverteilung in Österreich haben eindringlich gezeigt, dass Umverteilung oft nach dem Matthäus-Prinzip – also „Wer hat, dem wird gegeben“ – funktionieren. (vgl. etwa Guger et al. 2009)

<sup>18</sup> Fekter hat ja zudem kürzlich einen Vergleich zwischen der Judenverfolgung und der Besteuerung von Vermögen gezogen.

Brechen der beschriebenen neoliberalen Diskurshoheit über zentrale progressive Werte wie soziale Gleichheit und soziale Gerechtigkeit. An die Stelle des ökonomischen Leistungsdenkens muss daher die Möglichkeit sozialer Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder als Bestimmungskriterium für die Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen treten. Soziale Teilhabe soll dabei als inklusiver Prozess verstanden werden, der Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten immer wieder thematisiert und somit ins Zentrum des politischen Diskurses rückt. Das oft auch von linken Gruppierungen vorgetragene Argumentationsmuster, wonach der „Start von einer gemeinsamen Startlinie“ hinreichende Bedingung für eine egalitäre Gesellschaft sein könnte – übersieht dabei zu oft, dass die Produktion und Reproduktion sozialer und ökonomischer Ungleichheiten ein vielschichtiger Prozess ist.

Vielmehr muss der Ungleichheitsdiskurs wieder stärker in einen machtpolitischen Diskurs eingebettet werden. Auf einer ökonomischen Ebene stellt sich daher die Frage nach Alternativen zum herrschenden Paradigma der Leistungsgesellschaft, da eine Selektion nach Leistungskriterien letztlich einerseits genauso den neoliberalen Mainstream bedient und andererseits – wie auch in der Kapitalientheorie Bourdieus gezeigt wird – keinesfalls ein objektives Kriterium für Möglichkeiten der sozialen Teilhabe darstellt. Das Problem der sozialen Ungleichheit muss als gesamtgesellschaftliches Phänomen betrachtet werden, da die isolierte Forderung nach Chancengleichheit die Macht- und Kräfteverhältnisse innerhalb einer Gesellschaft bewusst ignoriert.

Im politischen Diskurs ist die Forderung nach sozialer Gleichheit durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten diskreditiert worden. Dennoch stellte die Übereinkunft, soziale Teilhabe für alle Gesellschaftsmitglieder zu ermöglichen, den Ursprung des westlichen Wohlfahrtsstaates dar. Die Forderung nach einem Sozialstaat, der ein gutes Leben für seine BürgerInnen sichert, steht daher in unmittelbarem Zusammenhang mit der Forderung nach sozialer Chancengleichheit und ökonomischer Gerechtigkeit. Leider ist dieser letzte Punkt auch in der sozialdemokratischen Argumentation in den letzten Jahrzehnten merklich schwächer geworden, was auf eine Scheu normativ geladene Werte zu vertreten schließen lässt. Ein emanzipatorisches oder subversives Gleichheitsverständnis muss aber gerade an diesen Punkten ansetzen und hier den großen neoliberalen Mythen der „Freiheit“ und der „Leistung“ entgegentreten.

Schließlich wurde schon oftmals empirisch gezeigt, dass Menschen letztlich als soziale Wesen ein Leben in gleicheren Gesellschaften bevorzugen (Wilkinson/Pickett 2009, Binswanger 2006 oder im ökonomischen Diskurs auch schon dargelegt in der Rawl'schen Wohlfahrtsfunktion). Daraus leitet sich für den politischen Diskurs die klare Anleitung ab, für gleichere Gesellschaften einzutreten und eine Abkehr vom strikt am Wirtschaftswachstum ausgerichteten neoliberalen Politikverständnis zu forcieren. Die Deutungshoheit über die Ursachen sozialer Ungleichheit hängt eng mit dem Diskurs über grundlegende gesellschaftliche Normvorstellungen zusammen. Gerade die Finanz- und

Wirtschaftskrise hat wieder einmal einen eindringlichen Gegenbeweis für die Unfehlbarkeit der Marktordnung geliefert.

Die Zeit des defensiven schrittweisen Rückzugsgefechts zur Verteidigung von historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung muss damit vorbei sein. Pierre Bourdieu forderte schon 1998 zum Gegenfeuer auf. Die Absichten der Apologeten der neoliberalen Sozialtheorie sind schließlich klar, wie etwa ein abschließendes Zitat Hayeks in Bezug auf die Lösung der Nord-Süd-Konflikts zeigt: *„Für eine Welt, die auf egalitären Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung (...) unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur die ein Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.“* (Hayek zit. in: Ptak 2007:73) In der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Sozialtheorie geht es also um weit mehr als um das Verhältnis zwischen Markt und Staat oder die Verteidigung einzelner wirtschafts- und sozialpolitischer Errungenschaften.

## Quellen

- Berlin**, Isaiah (2005): Freiheit. Vier Versuche. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag
- Binswanger**, Matthias (2006): Die Tretmühlen des Glücks. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag
- Bourdieu**, Pierre (1992): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hamburg: VSA Verlag
- Brie**, Michael (2000): Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen. Rosa Luxemburgs Entdeckung eines radikal sozialen Freiheitsbegriffs. derFreitag. Nr. 39, 22.9.2000. URL: <http://www.freitag.de/2000/39/extra.htm> (dl: 5.5.09)
- Butterwege**, Christoph (2007): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: **Butterwege**, Christoph / **Lösch**, Bettina / **Ptak**, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Crouch**, Colin: (2008) Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- Dahl**, Robert (2006): Politische Gleichheit – ein Ideal? Hamburg: Hamburger Edition
- Format** (2011): Stephan Schulmeister über die Notwendigkeit der Finanztransaktionssteuer. Format vom 28.6.2011. URL: [http://www.format.at/articles/1126/692/303314\\_s4/stephan-schulmeister-notwendigkeit-finanztransaktionssteuer](http://www.format.at/articles/1126/692/303314_s4/stephan-schulmeister-notwendigkeit-finanztransaktionssteuer) (dl:16.9.11)
- Friedman**, Milton (2002/1962): Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag
- Gray**, John N. (1995/1984): Freiheit im Denken Hayeks. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Guger**, Alois / **Agwi**, Martina / **Buxbaum**, Adolf / **Festl**, Eva / **Knittler**, Käthe / **Halsmayer**, Verena / **Pitlik**, Hans / **Sturn**, Simon / **Wüger**, Michael (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich. WIFO. Wien
- Hayek**, Friedrich August von (2009/1944): Der Weg zur Knechtschaft. München: Olzog Verlag
- Hayek**, Friedrich August von (1949): The Intellectuals and Socialism. *The University of Chicago Law Review*, Vol. 1, S.417-433
- Hayek**, Friedrich August von (1952): The Sensory Order. London: Routledge
- Hayek**, Friedrich August von (1971/1960): Die Verfassung der Freiheit. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Hayek**, Friedrich August von (1969): Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Freiburger Studien. Tübingen, S. 249-265.



- Hayek**, Friedrich August von (1996/1974): Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Hayek**, Friedrich August von (1979): Liberalismus. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- Hayek**, Friedrich August von (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit. Landsberg am Lech: Verlag moderne Industrie
- Hayek**, Friedrich August von (1988): The Fatal Conceit. The Errors of Socialism. London: Routledge
- Hottinger**, Olaf (1998): Eigeninteresse und individuelles Nutzenkalkül in der Theorie der Gesellschaft und Ökonomie von Adam Smith, Jeremy Bentham und John Stuart Mill. Marburg: Metropolis-Verlag
- Kreckl**, Reinhard (2004): Politische Soziologie sozialer Ungleichheit. Frankfurt/ Main - New York: Campus
- Koller**, Peter (2004): Gleichheit und Pluralismus in politikphilosophischer Perspektive. In: **Schmidt**, Volker H. (Hrsg.): Welche Gleichheit, welche Ungleichheit? Grundlagen der Ungleichheitsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kurier** (2011): Wir schröpfen die Leistungsträger zu sehr. Interview mit Maria Fekter. Kurier vom 8.9.2011. URL: <http://kurier.at/wirtschaft/2099764.php> (dl: 10.9.2011)
- Mill**, John Stuart (1969): Über Freiheit. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Nussbaum**, Martha / **Sen**, Amartya (Hrsg.) (1993): The Quality of Life. Oxford: Clarendon Press.
- Ötsch**, Walter O. (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis Verlag
- Ptak**, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus. In: **Butterwege**, Christoph / **Lösch**, Bettina / **Ptak**, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pühringer**, Stephan / **Schmidt**, Michaela (2009): Ökonomisierung des Bildungssystems. Ein gefährlicher Trend. In: **Weidenholzer**, Josef / **Blaha**, Barbara (Hrsg.): Gerechtigkeit. Beiträge zur Sozial-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Braumüller Schulbuch & Wissenschaft
- Pühringer**, Stephan (2011): Frei Handeln? Liberales und neoliberales Freiheitskonzept und ihre Auswirkungen auf die Verteilung von Macht und Eigentum. Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag. Internationaler Verlag für Wissenschaften.
- Ranelagh**, John (1991): Thatcher's People: An Insider's Account of the Politics, the Power, and the Personalities. London: HarperCollins
- Süddeutsche Zeitung** (2010): Wider die Verteufelung der Leistungsträger. Interview mit Peter Sloterdijk. SZ vom 6.1.2010. URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/peter-sloterdijk-wider-die-verteufelung-der-leistungstraeger-1.71479> (dl: 10.9.2011)
- Wilkinson**, Richard / **Pickett**, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Berlin: Zweitausendeins Verlag